

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ottaverker Dönhofs (A 7) 3600-3665. Fernverkehr Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Verl. Ullsteinhaus, Berlin. Postachtkonto: Berlin 666.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 7 Pf. Postgebühren. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbrieflichung für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anzeige 15 Pf.] Nr 462

MITTWOCH, 27. SEPTEMBER 1933

ABEND-AUSGABE

Simon eröffnet die Debatte

Ein Antrag Haitis zur Minderheitenfrage

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

FS GENF, 27. SEPTEMBER

Heute nachmittag wird die Generalversammlung der Völkerbundsammlung eröffnet. Als erster Redner steht Sir John Simon auf der Höhe. Er folgt Dr. Dollfuß und danach wird der Vertreter Kanadas das Wort ergreifen. Es heißt, daß Paul Boncour morgen sprechen wird.

Der Vertreter Haitis, der Spanier Franquais, hat sich noch nicht auf die Redezeiteln legen lassen, obgleich er an die Verlamung einen Antrag zur Minderheitenfrage eingebracht hat. Dieser Antrag besagt ein Doppeltes, erstens die allgemeine Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf alle Staaten. Ein solcher Schutz ist im Völkerbund schon des Häufigen erwähnt worden, hat aber erfahrungsgemäß keine Aussicht auf Annahme, weil die einzelnen Mächte solche Bindungen ungenügend nicht geistigt sind; England, weil es keine Verpflichtungen für seine

Kolonien zu übernehmen denkt, Frankreich wegen Elsass-Lothringen und Italien wegen der Minderheiten auf seinem Gebiet. Deutschlands Politik in dieser Frage war stets, daß es gegen eine Generalisierung des Minderheitenschutzes nichts einzuwenden hätte, wenn die anderen Mächte ebenfalls die betreffenden Schutzbestimmungen annehmen.

Der haitianische Antrag verlangt in seinem zweiten Teil etwas Neues, nämlich die Einlegung einer beschließenden des Völkerbundes, die sich mit der Emigration der Minderheiten befassen soll. Die Reichsminister Dr. Neurath und Dr. Goebbels sind heute abend bei dem Genfer Parteitag Dr. Burckhardt, einem Nachkommen des berühmten Historikers, zu Gast geladen. In das Essen schließt sich ein Empfang an, bei dem die führenden Persönlichkeiten der Genfer Weltöffentlichkeit teilnehmen werden. Nach der schweizerische Bundespräsident Wotta, den die Regierungsgesandtschaft nach Bern gerufen hatten, wird in Genf wieder eintreffen und unter den Gästen erscheinen.

Zwischen Moskau und Paris

Bericht der Vossischen Zeitung

IN WARSCHAU, 25. SEPTEMBER

Die politische Nationaldemokratie läßt irrtümlichere Fanfare hören, daß ihre außenpolitische Konzeption nun endlich geübt habe, daß die Politik oder der Politiker des Völkervertrages zur Höhe der nationaldemokratischen Weisheit „herangereift“ seien. „Die Orientierung Polens mit der Front gegen Moskau“ sei heute Dogma aller politischen Politik geworden, die Unabhängigkeit, positiven Völkervertragsbindungen und Nationalität setzen überhand, der „libere“ „Orientierungsschritt“ durch die einseitige Annahme der Lösung „Front gegen Deutschland“ entschieden und die „Orientierung“ eine vollendete Tatsache. Das führende Parteiorgan der russophilen Medien meint bereits, die prussische und antideutsche Einstellung, die jetzt auch von der Regierung akzeptiert wird, müßte die „Ideologie des Föderalismus“ — also die Konzeption des Völkervertrages — verdrängen. In diesem ganzen Kampf ist der Wunsch gar zu sehr der Mater des Beobachters: von einer Übersetzung der Völkervertrags Außenpolitik zu einer „Kursänderung“ im Sinne der Nationaldemokratie ist vorerst keine Rede. Die politische Regierung hat zu einer Befestigung der polnisch-russischen Beziehungen, um die sich Moskau liebhaft bemüht, willig die Hand geboten und hat dadurch für sich selbst eine gewisse Entfremdung im Osten erreicht. Das ist etwas wesentlich anderes als das, was man unter nationaldemokratischer „Orientierung“ versteht.

Die historische Aufgabe

Nach wie vor stehen sich die nationaldemokratische und die Völkervertrags-Ansicht über die historische Rolle und Aufgabe des neuen politischen Staates unversöhnlich und unvereinbar gegenüber. Die Gegensätze der beiden großen Lager sind auf außenpolitischen Gebieten ebensowenig ausgeglichen wie auf allen anderen Gebieten. Man braucht nicht allen Parteien und Einzelheiten der Völkervertragsprogramme und der Programme während des Völkervertrages nachzugehen, man kann den Streit als nötig betrachten, weil man die Nationaldemokratie vom Ideal der „Autonomie unter Jarenjapeter“ zur Bejahung eines selbständigen politischen Staates gekommen ist — die Grundideen sind in beiden Lagern immer die gleichen geblieben und gelten noch heute. Für die nationaldemokratische Rechte hat Polen die einzige Pflicht und Aufgabe, in die „Europa der Völkerverträge“ zu sein, „das Reich der Völkerverträge“ und „des Reiches Frankreichs“ die östliche Dependence des in erster Linie durchaus gefühlsmäßig, nicht aus nüchternen politischen Erwägungen verhalten und bewundern Frankreichs reaktionärer und nationalistischer Oberherrn. In dieser Politik des „getreuen Vasallen“ sieht man nicht nur den besten, sondern den einzigen Schutz für den Rest des Völkervertrages im Osten von Versailles. „Bereinigtes“ Hergekommenes Deutschland ist unter dem Namen „ewige Bündnis“; für die Rolle als „anderes Glied der Zange um Deutschland“ braucht man selbstverständlich als Nebenbedingung gute Beziehungen mit dem heutigen Ausland, enge Beziehungen, Verbindungen, Bündnis mit dem Ausland, das man nach dem bolschewistischen erhofft. Völkervertrag und seine Anhänger haben es von allem Anfang an, und seit sie jetzt erst recht auf sich aufmerksam machen, nicht im geringsten mitunterlassen eine — sogar nur zeitweilige und in sehr wechselnden Maße wichtige — Exploitierung des Dualismus zu machen. Die starke nationale Kraft des Kampfes für die Unabhängigkeit Polens und des Glaubens an seine selbständige Zukunft liegt und wirkt im Lager Völkervertrags. Auf dieser Seite ist man sehr fest entschlossen, trotz aller Bündnisse, Gymnasien und Freundschaften für ein „Polen an den Völkerverträgen“ zu sein, die man zu haben will. Die Völkerverträge unterscheiden sich von früheren, durch die Rechte beeinflussten Regierungen grundmäßig dadurch, daß man in Warschau politische Politik macht. Sehr viele politische Interessen laufen mit französischen parallel; aber die Einstellung zu jeder Einzelfrage wird unter Völkervertrag danach bestimmt, inwieweit einseitig einseitig Polens Vorteil ist. Die Zukunft und die geschickte Erfüllung Polens müßte Völkervertrag nicht von der Gnade Frankreichs und von dessen heutiger Einstellung zu Versailles und zu Deutschland abhängig zu machen. Völkervertrag will für Polen in Europa den Ruf als „Partner“, nicht als Getreutorgan, eines mächtigen Vereinten. Die Sicherung der heutigen Grenzen Polens führt nicht im wesentlichen zu einem Polens Vorteil, sondern zu einem Vorteil der Völkerverträge, der abgesehen von anderen, militärischen Streit, für die die Bündnisse nicht zu haben sind, und gegen den russischen Druck im Osten liegt nach wie vor — wenn auch heute zurückgestellt, die Grundbedingung der Sicherung durch Puffer-

Feierlicher Auftakt zur Nationalssynode

Festpredigt über dem Luthergrab

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WITTENBERG, 27. SEPTEMBER

Die erste deutsche Nationalssynode wurde heute durch einen feierlichen Gottesdienst in der Wittenberger Schloßkirche eingeleitet. Schon in den frühen Morgenstunden waren die Straßen der Lutherstadt von schicklichen Truppen erfüllt. Unter klingendem Spiel zogen die Formationen der Wehr, unter ihnen in Sturm junger Theologiestudenten, auf den Marktplatz, um Landesbischof Müller ein kurzes Wort des Grußes an die evangelische Jugendmannschaft richtete.

Unter dem Geläut der Glocken bewegte sich dann ein feierlicher Zug vom Marktplatz zur Schloßkirche, an der Spitze die gesamte Wittenberger Wehrmacht, dann Landesbischof Müller, geleitet von den Mitgliedern der einwirkenden Kirchenleitung.

Einigung der Herzen

Beim Gottesdienst in der Schloßkirche predigte von der Kanzel, unter der der deutsche Reformator beigesetzt ist, der würdevollen bürgerliche Landesbischof Dr. Wurm. Seit dem ersten deutschen evangelischen Kirchentag 1848 — so führte der Bischof aus —, wo zum erstenmal der Ruf nach einer einigten deutschen Kirche erhoben wurde, seien die Führer des deutschen Protestantismus immer wieder in Wittenberg eingetroffen, zum letzten Male im Mai 1922, als der Deutsche Evangelische Kirchentag sein achtzigjähriges Bestehen feierte. Damals hing über Deutschland das drohende Gewitter eines radikalen Umsturzes, heute sei das protestantische Deutschland von Dant gegen Ost erfüllt, daß die äußerste Gefahr abgemindert und dem deutschen Volk einen großen Pfand gelohnt habe.

Wenn nun die evangelische Kirche heute am Ziel ihrer Einigungsbestrebungen stehe, so sei sie sich bewußt, daß die Einigung in der Verfassung sich in einer Einigung der Herzen vollenden müsse; denn die Kirche sei nicht ein Verein, dessen Sitzungen man nach Belieben ändern könne, sondern eine Stiftung, deren Wesen von dem Gitter sich festlagere sei. Der Bischof betonte dann die abnehmende und gleichmäßige Haltung der deutschen Bildungswelt gegenüber der Kirche. Heute sei ein gewaltiger Umbruch eingetreten, und die große Stunde sei gekommen, wo aufs neue der Ruf zur Kirche ein Echo in weiten Kreisen des Volkes finde.

Begrüßung am Rathausportal

Der Bischof schloß seine Predigt mit dem Gebeten, daß die neue Kirche im Idealen gegen den ewigen Auftrag ihres Herrn bereit sei, dem von neuer Gehilfen erfüllten Volk das Evangelium neuer Sprache zu bringen.

Nach Schluß des Gottesdienstes begrüßte vor dem Portal des Rathauses der Oberbürgermeister der Lutherstadt, Fäder, den Landesbischof Müller und die einwirkende Leitung der Kirche. Unter dem Ehrenbogen begrüßte er Ministerialdirektor Wittenberg und Oberbürgermeister Dr. Conrad als Vertreter des Reichsministers, Ministerialrat Sabath als Vertreter des Bize-

langlers von Papen, Vizepräsident Geisbrand von der Wahl als Vertreter des Oberpräsidenten von Magdeburg und der Regierungspräsidenten von Merseburg.

Im Namen der Lutherstadt dankte er der Kirchenleitung, daß sie Wittenberg wieder zum Mittelpunkt des protestantischen Deutschlands machen wolle, und daß die erste deutsche Nationalssynode in ihren Mauern eröffnete sei.

Gebet von der Lutherkanzel

Um die Mittagsstunde wurde dann in der Stadtkirche, der Predigtstätte Wittenbergs, die Nationalssynode feierlich eröffnet. Landesbischof Müller sprach ein Luthergebet und verpfllichtete die Mitglieder der Synode auf die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche. In längerer Rede gab er dann einen Bericht über die Tätigkeit der einwirkenden Kirchenleitung. Die Ausarbeitung der Kirchenordnungen vom 23. Juli, so führte er aus, habe wiederholte Verhandlungen mit landesrechtlichen und kirchlichen Stellen notwendig gemacht. Sodann war die Neuordnung der evangelischen Verbände vorzubereiten, wobei die Kirchenleitung sich von dem Grundsatze leiten ließ, daß fürsichtige Einzelmaßnahmen, die einer späteren großartigen Lösung im Wege ständen hätten, zu verhindern seien.

Die Regelung der Verhältnisse zu den Landeskirchen und zum Staat war bis zu einem vorläufigen Abschluß zu führen. Insbesondere galt es durch Zusammenlegung der kleineren Landeskirchen eine größere Einheit der Gesamtkirche zu schaffen. Die Kirchenleitung ging hierbei unter Berücksichtigung der landesrechtlichen, handelsrechtlichen und geschichtlichen Eigenart von dem Grundsatze aus, daß Landeskirchen mit einer geringeren Zahl von Mitgliedern zum Aufschluß in eine größere Landeskirche ihres Wertes nicht ausreichten und nötigenfalls durch Gesetz veranlaßt werden müßten.

Kirche und Ausland

Eingehend berührte der Landesbischof das Verhältnis der deutschen Kirche zu den außerdeutschen Kirchen. Weshalb nahmen maßgebende Kirchenführer aus England, Amerika, Ungarn, Dänemark, Frankreich und Polen Gelegenheit, sich durch persönliche Besuche bei der Kirchenleitung zu orientieren, und geben dabei den Willen zu erkennen, ihrerseits den über Deutschland umlaufenden Falschmeldungen entgegenzutreten.

Auf das Verhältnis der Kirchenleitung zu den deutschen Auslandskirchen und zu den Auslandsgemeinden eingehend, erklärte der Landesbischof: „Obwohl nicht zu leugnen ist, daß für uns außer der Gebete das gegenwärtige Versehen in unsern deutschen Kirchen dem Verhältnis sich nicht immer sofort erschließt, so bleibt es um der Einheit des Glaubens willen auch für die neue deutsche evangelische Kirche ein Anliegen, die Verbundenheit im Geist lebendig zu halten.“

Nach kurzer Sitzung vertagte sich die Synode auf 6 Uhr. Im diesig Teil wurde die feierliche Einberufung des Landesbischofs festgelegt.